Nigerianischer Bischof verteidigt Moscheebau für Flüchtlinge

21. April 2021



Aachen/Yola (KNA) Der katholische Bischof Stephen Dami Mamza sorgt im Nordosten Nigerias mit dem Bau eines Dorfes für christliche und muslimische Binnenflüchtlinge für Aufsehen. Das Bistum Yola finanzierte dabei unter anderem eine Moschee und löste in der Öffentlichkeit und den Sozialen Medien Debatten aus, wie das Hilfswerk missio Aachen (Dienstag) mitteilte. „Seit einigen Tagen diskutieren wir heftig“, berichtet Bischof Mamza. Auch unter Christen sei das Projekt teils umstritten.

Der Bischof gibt auf Kritik die Antwort: „Ich bin ein Christ, ein Bischof und ein Seelsorger, und deshalb darf ich niemandem das Recht verweigern, seinen Glauben auf seine Weise zu praktizieren.“ Die muslimischen Familien in der neuen Dorfgemeinschaft hätten das Recht, in einer Moschee ihren Glauben zu leben. Das sei „eine Frage der Religionsfreiheit, die im säkularen Staat Nigeria garantiert“ sei, so Mamza. Das gelte für Muslime und Christen gleichermaßen. Es gebe viele Regionen in Nigeria, in denen Christen keine Kirchen bauen oder Land erwerben könnten; „das darf auch nicht sein – und deshalb will ich mit dem Moscheebau ein Zeichen setzen, betonte er.

missio Aachen unterstützt das Flüchtlingsdorf-Projekt des Bischofs. Es half laut Mitteilung beim Aufbau einer Kirche, einer Schule und von 86 Wohnhäusern. Mit einer großen Feier hätten die Geflüchteten jetzt das Dorf bezogen. Das Dorf gebe nicht nur Geflüchteten eine neue Heimat, „sondern bringt Christen und Muslime in einer schwierigen gesellschaftlichen Lage zusammen, damit sie Vorurteile, Ängste und Traumatisierungen gemeinsam abbauen und überwinden können“, so missio-Präsident Dirk Bingener.

Der Vielvölkerstaat Nigeria wird derzeit von den Folgen von Terror der islamistischen Gruppe Boko Haram, von intensiver Entführungskriminalität oder religiös aufgeladener Gewalt zwischen verschiedenen Ethnien erschüttert. Durch die Geste des Moscheebaus erhofften sich die Beteiligten, dass auch muslimische Autoritäten und Politiker sich ermutigt fühlen, offener auf christliche Gemeinschaften zuzugehen.

© KNA

Beitragsbild: Chickenonline via Pixabay

Stand: 16. November 2026